



Der Schweizer Erweiterungsbeitrag

Zwischenbilanz zum Ende
der Verpflichtungsperiode mit
Bulgarien und Rumänien
2009–2014



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA**

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Inhaltsverzeichnis

Das Wichtigste in Kürze	4
Der Erweiterungsbeitrag	6
Projektziele in Bulgarien und Rumänien	8
Nutzen für die Schweiz	14
Schweizer Partnerschaften im Programm	16
Korrekte Verwendung der Mittel	18
Stimmen aus Bulgarien und Rumänien	20
Anhänge	
Anhang 1: Projektbeispiele aus Bulgarien und Rumänien	22
Anhang 2: Ausgewählte Statistiken	32
Anhang 3: Weitere Informationen	34

Liebe Leserinnen und Leser

Was hat die Entsorgung von giftigen Pestiziden und Haushaltsabfällen in Bulgarien mit dem Aufbau eines Netzwerks von Naturschutzgebieten in Rumänien gemeinsam? Weshalb hören wir von rumänischen Polizistinnen und Polizisten, welche die Sprache der Roma erlernen, von der Unterstützung für kleinere und mittlere Unternehmen sowie von der Korruptionsbekämpfung in Bulgarien und Rumänien?

All diese Beispiele stehen in Zusammenhang mit der Schweizer Unterstützung im Rahmen des Erweiterungsbeitrags an Bulgarien und Rumänien, die am 1. Januar 2007 der Europäischen Union beigetreten sind. Mit dem Unterstützungsbeitrag in der Höhe von 257 Millionen Franken werden in Bulgarien und Rumänien seit 2009 Projekte finanziert, die den Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zum Ziel haben. Fünf Jahre später sind nun 28 Projekte und 13 so genannte Thematische Fonds mit zahlreichen Einzelprojekten verpflichtet, die in den kommenden fünf Jahren bis 2019 umgesetzt werden.

Für die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA und das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO ist es Zeit, eine erste Bilanz über den Erweiterungsbeitrag an Bulgarien und Rumänien zu ziehen.

Einige Projekte zeigen bereits erste, erfreuliche Resultate. In vier Gemeinden des bulgarischen Bezirks Wraza werden Patientinnen und Patienten zu Hause medizinisch versorgt und gepflegt. Die Einführung der spitalexternen Pflege – in der Schweiz als Spitex bekannt – ist das Resultat der engen Zusammenarbeit zwischen dem Schweizerischen und dem Bulgarischen Roten Kreuz, die über das Projekt hinaus bestehen bleibt. In Rumänien unterstützt der Trägerverein Energiestadt Schweiz die Verankerung des Energiestadtkonzepts *European Energy Award*, welches ursprünglich in der Schweiz entwickelt wurde. Diese Partnerschaften sind nur zwei von rund 100, welche im Rahmen des Erweiterungsbeitrags in Bulgarien und Rumänien neu entstehen oder gestärkt werden.

Der aktive Einbezug von Schweizer Partnern trägt nicht nur zur hohen Qualität und Nachhaltigkeit der Projekte in Bulgarien und Rumänien bei. Er ist auch für die Vernetzung der Schweiz in Europa wertvoll. In diesem Sinne freuen wir uns auf eine weiterhin erfolgreiche Umsetzung der Projekte.

Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre.



Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch
Staatssekretärin
Direktorin des SECO



Manuel Sager
Botschafter
Direktor der DEZA

Das Wichtigste in Kürze



Wer, wann und was?

Im November 2006 hat das Schweizer Stimmvolk mit dem Osthilfegesetz den Erweiterungsbeitrag an die neuen EU-Mitgliedstaaten im Grundsatz genehmigt. Im Rahmen des Beitrags an die zehn Staaten, die 2004 der Europäischen Union (EU) beigetreten sind (EU-10), wurden bis zum Ende der Verpflichtungsperiode im Juni 2012 210 Projekte genehmigt. Die Projektumsetzung läuft bis Juni 2017.

Bulgarien und Rumänien sind der EU 2007 beigetreten. Seit 2009 unterstützt die Schweiz auch diese mit einem Erweiterungsbeitrag. Bis zum Ende der Verpflichtungsperiode im Dezember 2014 hat die Schweiz 13 Thematische Fonds und 28 Projekte in diesen beiden Ländern genehmigt. Einige Projekte befinden sich bereits in der Umsetzung. Alle Projekte müssen bis im Dezember 2019 abgeschlossen sein.

Wieviel?

Für Bulgarien und Rumänien stellt die Schweiz 257 Millionen Franken zur Verfügung. Dieser Betrag wurde im Jahr 2009 vom Parlament genehmigt. Insgesamt werden bis 2019 Projekte im Umfang von 244,15 Millionen Franken umgesetzt. Dies entspricht 100% des vorgesehenen Projektbudgets. Dazu kommen die Umsetzungskosten auf Schweizer Seite (12,85 Millionen Franken). In der Regel finanzieren die Partnerstaaten mindestens 15% der Projektkosten.

Für die EU-10 war bereits 2007 ein Beitrag von einer Milliarde Franken gesprochen worden.

Kroatien trat am 1. Juli 2013 als 28. Mitgliedstaat der EU bei. Die Schweiz unterstützt auch dieses neue Mitglied der EU mit 45 Millionen Franken und leistet damit einen Beitrag zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten, wie das Parlament im Dezember 2014 entschieden hat.



Warum?

Mit dem Erweiterungsbeitrag unterstützt die Schweiz den Abbau von wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der EU und beteiligt sich damit solidarisch und autonom an den Kosten der EU-Erweiterung. Die finanzierten Projekte tragen insbesondere zur Erfüllung folgender Ziele bei:

- Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern
- Soziale Sicherheit erhöhen
- Umwelt schützen
- Öffentliche Sicherheit erhöhen
- Zivilgesellschaft stärken

Der Erweiterungsbeitrag unterstützt die Bemühungen der EU zur Förderung von Frieden und Prosperität in Europa und ist somit auch im Interesse der Schweiz. Mit den Projekten werden zudem grenzüberschreitende Partnerschaften in verschiedenen Gesellschaftsbereichen gefördert und die bilateralen Beziehungen zu den neuen EU-Mitgliedstaaten vertieft. Gleichzeitig festigt der Beitrag die Beziehungen zwischen der Schweiz und der gesamten EU.

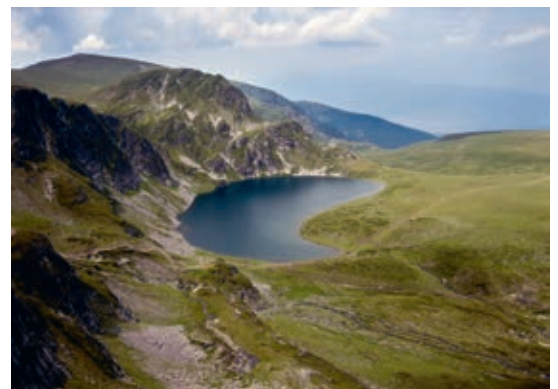
Wie?

Die Projektvorschläge werden von den Partnerländern eingereicht und von der Schweiz geprüft und bewilligt.

Im Rahmen der Projektumsetzung werden Aufträge im jeweiligen Land öffentlich ausgeschrieben. Es gelten die nationale Gesetzgebung über das öffentliche Beschaffungswesen sowie die entsprechenden Bestimmungen der EU und der Welthandelsorganisation (WTO).

Um auch die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der beiden Länder abzubauen, werden viele Projekte in strukturschwachen Regionen umgesetzt. Ausserdem legt die Schweiz Wert auf den Einbezug von Schweizer Partnern, um den Erfahrungsaustausch zu fördern.

Die Schweiz trifft verschiedene Massnahmen, um die korrekte Verwendung der Mittel zu gewährleisten. Sie prüft unter anderem die Ausschreibungen und die Auftragsvergabe. Die Partnerstaaten berichten regelmässig über die Projektumsetzung, und die Büros vor Ort begleiten die Projekte. Mindestens alle zwei Jahre und bei Abschluss eines Projekts wird durch eine zertifizierte Organisation ein Finanzaudit vorgenommen. Der Auszahlungsmodus ist so ausgestaltet, dass die Partnerstaaten im Rahmen der Projektumsetzung Vorauszahlungen leisten und die Schweiz Rückvergütungen macht. Bei Verdacht auf Unregelmässigkeiten kann die Schweiz diese stoppen.



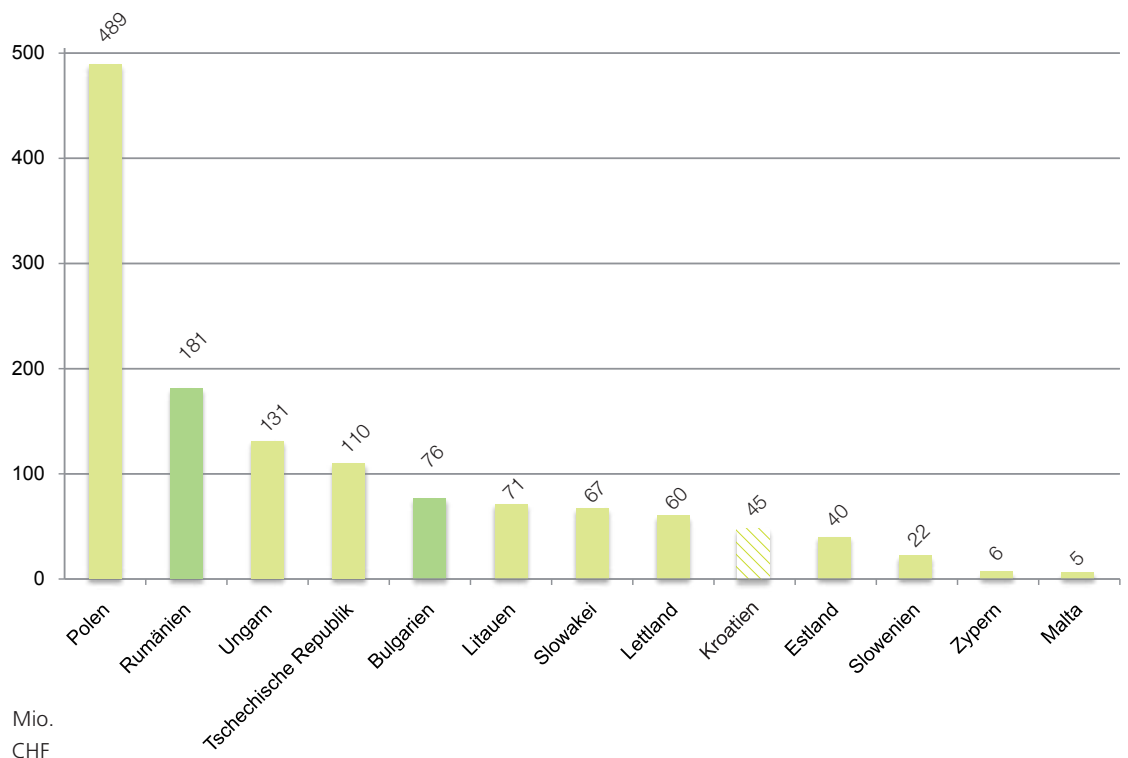
Der Erweiterungsbeitrag

Die zehn Länder Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern (EU-10) sind der EU im Jahr 2004 beigetreten. Drei Jahre später kamen Bulgarien und Rumänien dazu. Kroatien trat am 1. Juli 2013 als 28. Mitgliedstaat der EU bei. Mit Ausnahme von Malta und Zypern unterstützte die Schweiz alle diese Länder bereits in den 1990er-Jahren bei der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Transition zu Marktwirtschaft und Demokratie.

Trotz der Aufnahme in die EU bestehen nach wie vor grosse wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten zwischen den älteren und diesen jüngeren Mitgliedstaaten. Aus diesem Grund engagiert sich die EU im Rahmen der Kohäsionspolitik in wirtschaftlich schwächeren Ländern und Regionen besonders stark, um Ungleichheiten zu verringern und so den Zusammenhalt innerhalb der Gemeinschaft zu fördern.

Die Schweiz anerkennt die Erweiterung der EU als einen grossen Schritt zu mehr Sicherheit, Stabilität und Wohlstand auf dem europäischen Kontinent. Deshalb unterstützt sie mit dem Erweiterungsbeitrag die EU bei ihrem Ziel, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU abzubauen. Die Schweizer Unterstützung im Umfang von einer Milliarde Franken für die EU-10 sowie weiteren 257 Millionen Franken zugunsten von Bulgarien und Rumänien und 45 Millionen für Kroatien ist nicht nur ein Zeichen der Solidarität, sondern festigt auch die bilateralen Beziehungen zur EU – zusammen mit ihren Mitgliedstaaten die zentrale politische und wirtschaftliche Partnerin der Schweiz.

Die Rechtsgrundlage für den Erweiterungsbeitrag bildet das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas, das die Schweizer



Grafik 1: Geografische Aufteilung des Erweiterungsbeitrags

Die Aufteilung des Erweiterungsbeitrags auf die Partnerstaaten beruht im Wesentlichen auf der Bevölkerungsgrösse und dem Pro-Kopf-Einkommen.



Stimmberechtigten am 26. November 2006 mit einem Ja-Stimmenanteil von 53,4% gutgeheissen hatten. Das Parlament bewilligte den entsprechenden Rahmenkredit am 14. Juni 2007 für die EU-10, am 7. Dezember 2009 den Rahmenkredit für Bulgarien und Rumänien und am 11. Dezember 2014 denjenigen für Kroatien. Die Schweiz schloss mit allen zwölf Partnerstaaten ein bilaterales Rahmenabkommen ab, in welchem die Abläufe und Verpflichtungen geregelt sind.

Die Schweiz entscheidet autonom und vereinbart direkt mit den Partnerstaaten, welche Projekte sie unterstützt. Die DEZA und das SECO sowie die Mitarbeitenden der gemeinsamen Büros vor Ort in Warschau, Riga, Budapest, Prag, Bratislava, Bukarest und Sofia begleiten die Umsetzung der Projekte. Alle Projekte mit den EU-10 werden bis Juni 2017, jene mit Bulgarien und Rumänien bis Dezember 2019 abgeschlossen. Die Genehmigung der Projekte musste in den ersten fünf Jahren nach der Bewilligung des Rahmenkredits erfolgen. Diese fünf Jahre sind für die EU-10 am 14. Juni 2012 und für Bulgarien und Rumänien am 7. Dezember 2014 abgelaufen. Die Projekte im Rahmen des Beitrags an Kroatien werden bis 2024 umgesetzt sein.

Projektziele in Bulgarien und Rumänien

Bulgarien und Rumänien haben im Vorfeld des EU-Beitritts und in den Jahren danach zahlreiche Reformen durchgeführt. Trotz diesen Anstrengungen bestehen im Vergleich zum EU-Durchschnitt noch erhebliche Rückstände, wie die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Indikatoren belegen (siehe Tabellen 1, 2 und 3 im Anhang 2).

Konkret verfolgt der Erweiterungsbeitrag fünf Ziele, die in Bulgarien und Rumänien wie folgt umgesetzt werden:

- **Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern**

Die Schweiz erleichtert kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) den Zugang zu langfristigen Investitionskapital, verbessert ihre Wettbewerbsfähigkeit und engagiert sich in den Bereichen Berufsbildung und Forschung.

- **Soziale Sicherheit erhöhen**

Der Erweiterungsbeitrag trägt zur Verbesserung der Lebensbedingungen benachteiligter Bevölkerungsgruppen (wie beispielsweise der Roma) sowie der medizinischen Grundversorgung bei.

- **Umwelt schützen**

Im Vordergrund stehen energieeffizientes Bauen und die nachhaltige Entsorgung von Sonderabfällen.

- **Öffentliche Sicherheit erhöhen**

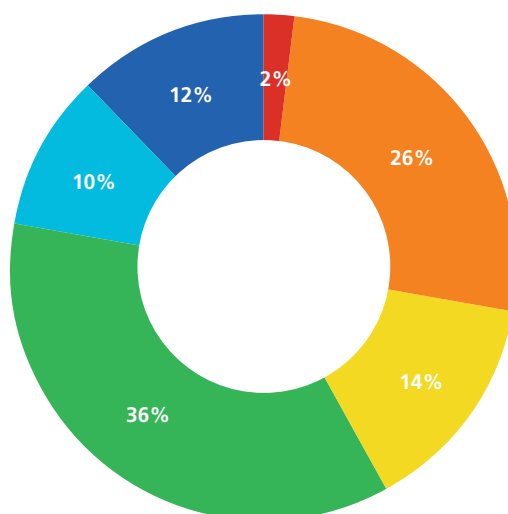
Ein spezielles Augenmerk richtet die Schweiz auf die Bekämpfung von Korruption, organisierter Kriminalität und Menschenhandel.

- **Zivilgesellschaft stärken**

Der Erweiterungsbeitrag fördert eine Vielzahl an Partnerschaftsprojekten sowie Projekte, die von Nichtregierungsorganisationen (NGO) umgesetzt werden.

Der Anhang 1 enthält zu jedem Ziel ein ausführliches Projektbeispiel aus Bulgarien und Rumänien. Weitere ausgewählte Projekte sind auf der Webseite www.erweiterungsbeitrag.admin.ch abrufbar.

Grafik 2: Aufteilung des Erweiterungsbeitrags an Bulgarien und Rumänien nach Projektzielen



Die Grafik zeigt die Aufteilung des bis am 7. Dezember 2014 verpflichteten Projektbudgets für Bulgarien und Rumänien nach Projektzielen. Hinzu kommen die Umsetzungskosten auf Schweizer Seite.

■ Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

■ Soziale Sicherheit erhöhen

■ Umwelt schützen

■ Öffentliche Sicherheit erhöhen

■ Zivilgesellschaft stärken

■ Projektvorbereitung und technische Hilfe



ERWEITERUNGSBEITRAG FÜR BULGARIEN 76 MILLIONEN FRANKEN



Bevölkerung: 7,3 Millionen
Schweizer Importe aus Bulgarien: 220,2 Millionen Franken
Schweizer Exporte nach Bulgarien: 327,9 Millionen Franken
Wachstumsrate des realen BIP: 1,1 Prozent
Kaufkraft im Verhältnis zum EU-Ø: 47,0 Prozent
(Quelle: Eurostat, Schweizer Aussenhandelsstatistik, Zahlen 2013)

PROJEKTZIELE

In Bulgarien wurden neun Projekte und sechs Thematische Fonds mit zahlreichen Einzelprojekten (siehe Infobox auf Seite 17) im Umfang von 72,2 Millionen Franken genehmigt. Alle Projekte sind einem der folgenden Ziele zugeordnet:

■ **Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern**

Förderung eines dualen Berufsbildungssystems

Um wettbewerbsfähig zu bleiben und ihre Ziele erfolgreich umsetzen zu können, sind Unternehmen und öffentliche Institutionen auf gut qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen. Mit der Erfahrung des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung (EHB) fördert die Schweiz das duale Berufsbildungssystem in Bulgarien, indem es besser auf den Arbeitsmarkt abgestimmt wird. Unter anderem führen Schweizer Fachleute Schulungen für bulgarische Lehrpersonen sowie Vorgesetzte der Lernenden durch.

Stipendien- und Forschungsprogramme

Durch den Forschungsfonds werden unter der Leitung des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) 13 gemeinsame Projekte von bulgarischen und schweizerischen Forschungsinstitutionen in den Bereichen Ökologie, Sozialwissenschaften, Medizin und Engineering umgesetzt. Dank einem Stipendienprogramm können insgesamt 22 bulgarische Akademikerinnen und Akademiker einen Forschungsaufenthalt an einer Schweizer Hochschule absolvieren.

Öffentliches Beschaffungswesen

Öffentliche Institutionen gehören in vielen Ländern aufgrund ihres grossen Beschaffungsvolumens zu den wichtigsten Auftraggebern. Die Schweiz unterstützt Bulgarien bei der Einführung und Umsetzung einer nachhaltigen Beschaffungsstrategie, die auf Empfehlungen der EU an ihre Mitgliedstaaten basiert. Im Beschaffungsprozess sollen neben ökonomischen vermehrt auch die Aspekte der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit berücksichtigt werden. Ein klar strukturiertes öffentliches Beschaffungswesen wirkt überdies Korruptionsrisiken entgegen.

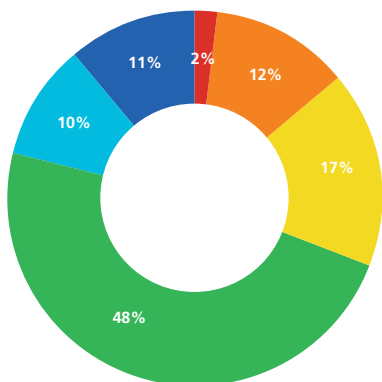
■ **Soziale Sicherheit erhöhen**

Integration von Roma

Die Mehrheit der Roma-Bevölkerung hat ungenügenden Zugang zu medizinischer Versorgung und ist schlecht in den Arbeitsmarkt integriert. Letzteres rührt daher, dass nur wenige Roma-Kinder die Schule besuchen und ihr Bildungsniveau somit tiefer ist. Nebst einer erhöhten Arbeitslosenquote führt dies auch zu schwerwiegenden Problemen wie Kriminalität, Migration und Ghettoisierung. Verschiedene Projekte, welche von Gemeinden eingereicht und durchgeführt werden, unterstützen die Verbesserung der Lebensbedingungen, Gesundheit und des Bildungsniveaus von Roma und anderen ethnischen Minderheiten.



Grafik 3: Aufteilung des Erweiterungsbeitrags für Bulgarien nach Projektzielen



Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

3 Projekte
CHF 9 070 500

Soziale Sicherheit erhöhen

5 Projekte
CHF 12 001 344

Umwelt schützen

5 Projekte
CHF 34 642 124

Öffentliche Sicherheit erhöhen

8 Projekte
CHF 7 186 843

Zivilgesellschaft stärken

3 Projekte
CHF 7 800 000

Projektvorbereitung und technische Hilfe

2 Projekte
CHF 1 499 189

Total CHF 72 200 000

Dazu kommen die Umsetzungskosten auf Schweizer Seite.

Spitalexterne Hilfe und Pflege

Ein spitalexternes Pflegesystem nach dem bewährten Schweizer Spitex-Modell verbessert die Lebensqualität von chronisch kranken oder behinderten älteren Menschen. Nachdem das System in vier Gemeinden erfolgreich eingeführt worden ist, soll es auch auf nationaler Ebene verankert werden. Das Schweizerische Rote Kreuz leistet einen wichtigen Beitrag zur Planung und Umsetzung des Projekts.

Umwelt schützen

Abfallentsorgung

Rund 4500 Tonnen giftige Pflanzenschutzmittel aus den Jahren des kommunistischen Regimes lagern bis heute insbesondere in finanzschwachen ländlichen Regionen Bulgariens. Mit Mitteln aus dem Erweiterungsbeitrag wird Bulgarien diese gefährlichen Substanzen sicher und umweltgerecht entsorgen und veraltete Lagerhäuser sanieren können. Die Schweiz unterstützt Bulgarien ausserdem beim Aufbau eines nationalen Konzepts für den Umgang mit gefährlichen Haushaltsabfällen und testet dieses anhand verschiedener Pilotprojekte in mehreren Gemeinden.

Verbessertes öffentliches Verkehrssystem in Sofia

Die Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) liefern 28 gebrauchte Trams nach Sofia, um die Effizienz des veralteten öffentlichen Verkehrssystems zu steigern, Verkehrsstaus und Treibhausgasemissionen zu vermindern und der Bevölkerung eine bessere Anbindung an den öffentlichen Verkehr zu ermöglichen. Zusätzlich unterstützt die Schweiz die Durchführung einer Studie, deren Ziel es ist, die Verbindung zwischen dem Tram- und Metronetz in Sofia zu optimieren.

Öffentliche Sicherheit erhöhen

Bekämpfung von Korruption, organisiertem Verbrechen und Menschenhandel

Auch acht Jahre nach dem EU-Beitritt bleibt der Kampf gegen die Korruption eine der grossen Herausforderungen Bulgariens. Die Schweiz finanziert verschiedene Projekte, welche die Bekämpfung von Korruption, organisiertem Verbrechen und Menschenhandel zum Ziel haben. So werden beispielsweise die Kapazitäten sowie die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden gestärkt, um Wirtschaftsverbrechen zu verfolgen und illegale Vermögenswerte zurückzuerstatten. Zudem werden Justizreformen unterstützt. Um den Menschenhandel zu bekämpfen, intensivieren die Schweiz und die zuständigen Behörden in Bulgarien ihre Zusammenarbeit. Die Schweiz unterstützt Bulgarien ebenfalls in der Präventionsarbeit und beim Schutz sowie der Betreuung und Rückführung von Opfern.

Zivilgesellschaft stärken

Förderung der Zivilgesellschaft und Wissenstransfer durch Partnerschaften mit der Schweiz

In Bulgarien fördern Partnerschaftsprojekte den Austausch von Wissen und Erfahrung zwischen Schweizer und bulgarischen Gemeinden und Institutionen. Ausserdem werden NGO-Projekte in den Bereichen soziale Dienstleistungen und Umwelt mitfinanziert.

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.swiss-contribution.admin.ch/bulgaria





ERWEITERUNGSBEITRAG FÜR RUMÄNIEN 181 MILLIONEN FRANKEN



Bevölkerung: 20 Millionen
Schweizer Importe aus Rumänien: 559,1 Millionen Franken
Schweizer Exporte nach Rumänien: 792,6 Millionen Franken
Wachstumsrate des realen BIP: 3,4 Prozent
Kaufkraft im Verhältnis zum EU-Ø: 54,0 Prozent
(Quelle: Eurostat, Schweizer Aussenhandelsstatistik, Zahlen 2013)

PROJEKTZIELE

In Rumänien wurden 19 Projekte und sieben Thematische Fonds mit zahlreichen Einzelprojekten (siehe Infobox auf Seite 17) im Umfang von 172 Millionen Franken genehmigt. Alle Projekte sind einem der folgenden Ziele zugeordnet:

■ **Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern**

Investitionskredite für KMU

Für viele rumänische KMU ist es aufgrund mangelnder Garantien schwierig, einen Kredit bei Geschäftsbanken aufzunehmen. Die Schweiz beteiligt sich deshalb mit 24,5 Millionen Franken an einem Darlehensfonds. Aus dem Fonds werden KMU in den Sektoren verarbeitende Industrie, Tourismus, Gesundheit oder Clean-Tech gesicherte Darlehen von maximal 100 000 Franken gewährt. Ziel ist es, mit den Investitionskrediten die Wettbewerbsfähigkeit der KMU zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen.

Exportförderung

Im Rahmen eines integrierten Handelsförderungsprogramms unterstützt die Schweiz rumänische KMU dabei, wettbewerbsfähige Produkte vermehrt auf Auslandsmärkte zu bringen. Praxisnahe Ausbildung, Zertifizierungsmassnahmen sowie der Aufbau von regionalen *Export Business Centres* werden Teile des Handelsförderungsprogramms sein. Das Programm trägt zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU in strukturschwachen Regionen bei. Es ermöglicht, rumänische Exporte zu steigern, insbesondere in der Holz verarbeitenden Industrie sowie der biologischen Landwirtschaft.

Regulierung des Finanzsektors

Einerseits unterstützt die Schweiz Rumänien im Rahmen internationaler Verpflichtungen bei der Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung. Die für die Bekämpfung von Geldwäscherei zuständigen Behörden werden geschult und ein neues IT-System wird installiert. Andererseits erhöht die Schweiz die Leistungsfähigkeit der Steuerbehörden und verbessert Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Zu diesem Zweck beteiligt sie sich an der Finanzierung eines neuen Systems zur Verwaltung von Dokumenten für die rumänische Steuerbehörde.

Berufswahlorientierung für Schulen und Unternehmen

Ein Unterrichtskonzept, welches in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Zürich entwickelt wurde, soll Jugendlichen den Berufseinstieg erleichtern. Schülerinnen und Schüler sowie Lernende können dank der Teilnahme an speziellen Unterrichtsmodulen die eigenen Kompetenzen besser einschätzen und lernen die reale Arbeitswelt kennen.



Stipendien- und Forschungsprogramme

Durch den Forschungsfonds werden unter der Leitung des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) 26 gemeinsame Projekte von rumänischen und schweizerischen Forschungsinstitutionen in den Bereichen Medizin, Umwelt, Energie sowie Wirtschafts- und Sozialwissenschaften durchgeführt. Dank einem Stipendienprogramm absolvieren insgesamt 87 rumänische Studierende einen Forschungsaufenthalt an einer Schweizer Hochschule.



Soziale Sicherheit erhöhen

Integration von Roma

Die Mehrheit der Roma-Bevölkerung Rumäniens hat ungenügenden Zugang zu medizinischer Grundversorgung und Bildungsangeboten. Verschiedene Projekte unterstützen die Verbesserung der Lebensbedingungen, der Gesundheit und des Bildungsniveaus von Roma und anderen ethnischen Minderheiten. Schülerinnen und Schüler werden stufengerecht gefördert, um ihnen den Einstieg in normale Klassen zu erleichtern.

Verbesserung der rumänischen Luftrettungsdienste

Mit dem Ziel, die Qualität der rumänischen Luftrettung zu verbessern, organisiert und koordiniert die Schweizerische Rettungsflugwacht (Rega) Weiterbildungen für Piloten. Unter anderem absolvieren 28 Piloten Trainingseinheiten in einem Flugsimulator im Trainingszentrum der Schweizer Luftwaffe auf dem Militärflugplatz Emmen.

Verbesserung der medizinischen Grundversorgung

Die Schweiz unterstützt Reformen in den Kinderabteilungen von rumänischen Spitälern. Unter anderem nimmt das Personal an gezielten Schulungen teil, die sich an den gegenwärtigen EU-Richtlinien orientieren. Ausserdem werden die Trainingszentren von Notfalldiensten modernisiert, Schweizer Experten schulen die zuständigen Lehrpersonen. Weiter fördert der Erweiterungsbeitrag den Aufbau von integrierten Gesundheits- und Sozialdiensten im ländlichen Raum und verbessert so den Zugang der Bevölkerung zu diesen Dienstleistungen.



Umwelt schützen

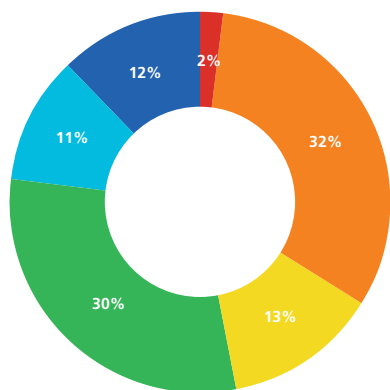
Energieeffizienz und erneuerbare Energien

Die Schweiz unterstützt in Rumänien mit 41 Millionen Franken die Einführung des Energiestadt-konzepts, welches ursprünglich in der Schweiz entwickelt wurde. Das Label Energiestadt ist ein Managementkonzept mit Leistungsausweis für Gemeinden, die eine nachhaltige kommunale Energiepolitik umsetzen. Der Trägerverein Energiestadt Schweiz bringt dabei seine langjährige Erfahrung und sein Fachwissen ein und hilft beim Aufbau eines rumänischen Trägervereins. Basierend auf der Ausarbeitung eines Energieaktionsplans beteiligt sich die Schweiz auch an energierelevanten Infrastrukturprojekten. Dazu gehören die Effizienzsteigerung von Fernheizsystemen, die Einführung von LED-Strassenlampen, die energieeffiziente Renovation von Schulen, die Förderung der Elektromobilität sowie die Beschaffung von elektrisch angetriebenen Bussen. Ausserdem beteiligt sich die Schweiz an einem Fonds zur landesweiten Verbreitung des Energiestadt-konzepts und zur Unterstützung energierelevanter Aktivitäten in strukturschwachen Regionen Rumäniens.

Öffentlicher Verkehr

Rumänien möchte den öffentlichen Verkehr in der Hauptstadt Bukarest ausbauen und die Metrolinie M4 ab dem Hauptbahnhof um 14 Kilometer in die südlichen Vorstadtgebiete verlängern. Der Schweizer Beitrag finanziert unter anderem eine Machbarkeitsstudie, welche die Entscheidungsgrundlage für dieses Projekt in Milliardenhöhe liefert.

Grafik 4: Aufteilung des Erweiterungsbeitrags für Rumänien nach Projektzielen



Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

11 Projekte
CHF 55 053 651

Soziale Sicherheit erhöhen

8 Projekte
CHF 22 555 081

Umwelt schützen

15 Projekte
CHF 52 085 876

Öffentliche Sicherheit erhöhen

21 Projekte
CHF 18 000 000

Zivilgesellschaft stärken

2 Projekte
CHF 21 251 662

Projektvorbereitung und technische Hilfe

2 Projekte
CHF 3 003 730

Total CHF 171 950 000

Dazu kommen die Umsetzungskosten auf Schweizer Seite.

Förderung von Biodiversität und Naturschutz

In den südwestlichen Karpaten soll die wertvolle biologische Vielfalt erhalten und die Natur geschützt werden. Zu diesem Zweck wird unter Einbezug der Zivilgesellschaft ein Netzwerk aus fünf Naturschutzgebieten gebildet. Die Schweiz unterstützt Rumänien ebenfalls bei der Umsetzung der EU-Richtlinien zum Natura-2000-Netzwerk. Die Stiftung WWF Schweiz bringt als Projektpartnerin ihre langjährige Erfahrung im Bereich Naturschutz ein.

Öffentliche Sicherheit erhöhen

Kampf gegen Korruption, organisiertes Verbrechen und Menschenhandel

Mit dem Erweiterungsbeitrag bekämpft die Schweiz Korruption, organisiertes Verbrechen und Menschenhandel. Beispielsweise ist seit 2012 ein Projekt in Umsetzung, das die rumänischen Behörden in der Betreuung der Opfer von Menschenhandel und der Präventionsarbeit unterstützt.

Umsetzung des Schengen-Abkommens

Die Schweiz unterstützt Rumänien bei der Vorbereitung ihres Beitritts zum Schengen-Abkommen und im Kampf gegen illegale Einwanderung. Die Grenzpolizei nimmt an Schulungen teil, und ein neu installiertes System zur automatischen Identifikation von Fingerabdrücken erlaubt den Austausch von Daten mit anderen EU-Mitgliedstaaten.

Prävention und Sicherheit

Die Schweiz unterstützt die Arbeit der Polizei in Rumänien. Es geht darum, das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei zu stärken und die Kriminalität zu bekämpfen. Besonders gefördert wird die Verständigung zwischen der Polizei und benachteiligten Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel der Minderheit der Roma.

Zivilgesellschaft stärken

Förderung der Zivilgesellschaft und Wissenstransfer durch Partnerschaften mit der Schweiz

Mit insgesamt 18 Millionen Franken werden im Rahmen des NGO- und Partnerschaftsfonds Kleinprojekte in den Bereichen soziale Dienstleistungen und Umweltschutz umgesetzt. Beispielsweise finanziert die Schweiz eine Partnerschaft zwischen einem Schweizer Verein zur Unterstützung verlassener Kinder in Rumänien und einer rumänischen NGO. Mit Schweizer Unterstützung bauen sie eine Werkstatt zur beruflichen Eingliederung beschränkt leistungsfähiger Jugendlicher auf.

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.swiss-contribution.admin.ch/romania



Nutzen für die Schweiz



Der Schweizer Erweiterungsbeitrag ist ein wichtiger Beitrag zu einem sicheren, stabilen, prosperierenden und demokratischen Europa. Die solidarische Unterstützung kommt den Partnerstaaten zugute. Doch auch die Schweiz profitiert vom Erweiterungsbeitrag, und zwar in mehrfacher Hinsicht.

Beziehungen zur EU festigen

Der Erweiterungsbeitrag ist ein wichtiger Bestandteil der Schweizer Europapolitik. Die Schweiz wird so als verantwortungsbewusste Partnerin wahrgenommen, die sich an der Bewältigung zentraler Herausforderungen auf dem europäischen Kontinent beteiligt. Damit festigt die Schweiz nicht nur die Beziehungen zu den neuen EU-Mitgliedstaaten, sondern auch die bilateralen Beziehungen mit der EU. Eine gute Zusammenarbeit mit der EU ist für die Schweiz auch aus wirtschaftlicher Sicht entscheidend. Rund jeden dritten Franken erwirtschaftet die Schweiz durch Exporte in die EU.

Chancen für die Schweizer Wirtschaft erhöhen

Die Erweiterung der EU hat die Export- und Investitionsmöglichkeiten der Schweiz erheblich verbessert. Die Wirtschaft und der Werkplatz Schweiz profitieren so von der positiven Entwicklung der osteuropäischen Wachstumsmärkte und von der Schaffung eines günstigen Umfelds zum Aufbau von neuen Geschäftsbeziehungen. Trotz des Einbruchs des Wirtschaftswachstums infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009, der Verschuldungskrise im EU-Raum und der starken Aufwertung des Schweizer Frankens exportierte die Schweiz 2013 Güter im Wert von über einer Milliarde Franken nach Bulgarien und Rumänien. Die Schweizer Direktinvestitionen in Bulgarien und Rumänien haben sich seit dem EU-Beitritt 2007 mehr als verdoppelt und betragen Ende 2012 rund 3,6 Milliarden Franken.

Der Schweizer Erweiterungsbeitrag an Bulgarien und Rumänien macht zwar weniger als 1% der EU-Mittel zugunsten dieser zwei Partnerstaaten aus. Trotzdem tragen erfolgreich umgesetzte Projekte im Rahmen des Erweiterungsbeitrags zum positiven Image der Schweiz in den neuen EU-Staaten und generell in der EU bei und verbessern somit auch die Chancen der Schweizer Unternehmen in diesen Ländern. In einer seit 2010 jährlich durchgeführten Umfrage zeigt sich, dass kleinere und grössere Schweizer Unternehmen in den zwölf Partnerstaaten des Erweiterungsbeitrags in den letzten Jahren rund 400 Aufträge im Umfang von rund 1,7 Milliarden Franken aus EU-finanzierten Projekten erhalten haben. Die tatsächlichen Aufträge aus den EU-Fonds an Schweizer Firmen dürften jedoch weit über diesem Betrag liegen.

Der Werkplatz Schweiz profitiert aber auch direkt vom Erweiterungsbeitrag in Form von Mandaten an Schweizer Unternehmen, Konsulenten, Organisationen, Verbände und Forschungsinstitutionen. Im Rahmen der Projektumsetzung in Bulgarien und Rumänien wurden bis Ende 2013 Rückflüsse im Umfang von fast 30 Millionen Franken verzeichnet. Mit dem Abschluss der Verpflichtungsperiode liegt der Fokus nun auf der Umsetzung der Projekte. Die meisten öffentlichen Ausschreibungen stehen noch bevor, und es können sich auch Schweizer Firmen und Konsulenten beteiligen. Schweizer Konsulenten erhielten ausserdem Aufträge für die Beurteilung und Überwachung von Projekten.



Sicherheitsrisiken mindern und Klimaschutz fördern

Durch die Projekte des Erweiterungsbeitrags verbessert sich die Lebenssituation vor Ort. Die in peripheren Regionen immer noch weit verbreitete Armut und schwache staatliche Institutionen bedeuten politische Risiken, welche auch die Schweiz u.a. in Form illegaler Migration und grenzüberschreitender Kriminalität direkt betreffen. Auch Umweltprobleme machen nicht an der Grenze halt. Die Projekte im Umweltbereich – viele davon tragen zum Klimaschutz bei – sind daher auch im Interesse der Schweiz.

Schweizer Partnerschaften im Programm

Der Erweiterungsbeitrag fördert nicht nur die Zusammenarbeit auf Ebene der Behörden. In mehr als der Hälfte der Projekte in Bulgarien und Rumänien wirkt zusätzlich eine Schweizer Fachinstitution mit. Das können Kantone, Städte, Gemeinden, Organisationen, Vereine, Stiftungen oder Universitäten sein. Nicht nur Bulgarien und Rumänien profitieren dadurch von Schweizer Erfahrungen und Fachwissen, auch für die Schweiz ist die Förderung institutioneller Partnerschaften interessant. Dies insbesondere, weil dadurch eine langfristige Zusammenarbeit und internationale Vernetzungen gefördert werden, die das Projektende überdauern.

Projektbeispiel 1

Enge Zusammenarbeit in der Forschung

Im Rahmen des Forschungsfonds führen Schweizer Forschungsinstitutionen zusammen mit bulgarischen und rumänischen Partnern gemeinsame Forschungsprojekte durch. Ausserdem ermöglicht das Stipendienprogramm Sciex bulgarischen und rumänischen Studierenden einen befristeten Forschungsaufenthalt in der Schweiz.

Dank dem Forschungsaufenthalt der rumänischen Studentin Camelia Stefanache in der Schweiz hat sich zwischen der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) und der rumänischen Universität Alexandru Ioan Cuza eine enge Partnerschaft etabliert. Die Professorin, die Camelia während ihres Forschungsaufenthalts an der ZHAW betreut hat, wird regelmässig von der Universität nach Rumänien eingeladen, um Gastvorlesungen für Doktorandinnen und Doktoranden zu halten.





Projektbeispiel 2

Rollender öffentlicher Verkehr in Bukarest und Sofia

Die Hauptstädte Bulgariens und Rumäniens sind gleichzeitig die grössten Städte und bedeutendsten Verkehrsknotenpunkte der beiden Länder. Verstopfte Strassen und hohe Luftverschmutzung sind an der Tagesordnung. Der Schweizer Beitrag wird diese Belastungen reduzieren und das teilweise veraltete und ungenügend ausgebaute öffentliche Verkehrsnetz verbessern. Zu diesem Zweck wird unter anderem der Erfahrungsaustausch zwischen den Verkehrsbetrieben Bukarest und Lausanne gefördert. Die Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) liefern überdies 28 Trams nach Sofia und schulen das Personal vor Ort sowohl bezüglich der Handhabung wie auch des Unterhalts der Fahrzeuge.

Thematische Fonds

Die Schweiz arbeitet in Bulgarien und Rumänien teilweise über so genannte Thematische Fonds. Insgesamt bestehen 13 Thematische Fonds zu den sieben Schwerpunkten Sicherheit, Zivilgesellschaft, Partnerschaften, Integration von Roma, Gesundheit sowie Forschung und Stipendien. Private Schweizer Fondsverwalter (*Swiss Intermediary Bodies*), welche mittels öffentlichen Ausschreibungen selektioniert wurden, analysieren die Projektvorschläge. Für den Thematischen Fonds Sicherheit in Rumänien beispielsweise wurde ein Konsortium bestehend aus der Unternehmensberatung Team Consult Genf, dem Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) und der NGO Coginta mandatiert. Die endgültige Entscheidung darüber, welche Projekte umgesetzt werden, liegt aber bei der Schweiz. Die Arbeit mit Thematischen Fonds bringt verschiedene Vorteile mit sich: Dank der Beschränkung auf sieben Schwerpunkte garantiert sie eine thematische Konzentration. Sie stellt ausserdem eine sinnvolle Auswahl sowie eine effiziente und korrekte Umsetzung der Projekte sicher, da die Betreuung durch einen Schweizer Partner erfolgt, der im entsprechenden Themenbereich ein grosses Fachwissen besitzt. Der Werkplatz Schweiz profitiert ebenfalls von den Mandaten an die privaten Schweizer Fondsverwalter, die sich auf neun Millionen Franken belaufen.

Korrekte Verwendung der Mittel



Die korrekte Verwendung der Mittel ist in allen Ländern mitentscheidend für den Erfolg der Zusammenarbeit. Bei Bulgarien und Rumänien hat die EU im Hinblick auf deren EU-Beitritt Mängel festgestellt bezüglich Modernisierung des Justizwesens, Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität. Eine 2013 von der EU durchgeführte Umfrage hat ergeben, dass die Korruption noch immer eine der grössten Herausforderungen der beiden Länder ist. Im Rahmen eines so genannten Kooperations- und Überprüfungsmechanismus kontrolliert die EU regelmässig die Fortschritte Bulgariens und Rumäniens in diesen Bereichen. Den letzten Fortschrittsbericht legte sie im Januar 2014 vor. Bulgarien konnte gemäss diesem nur wenige Verbesserungen erzielen. In Rumänien sieht die EU in vielen Bereichen Fortschritte, die Wahrung der Unabhängigkeit der Justiz bereitet jedoch weiterhin Sorge.

Die Schweiz verfolgt diesen Prozess und hat die Rahmenabkommen mit Bulgarien und Rumänien erst unterzeichnet, nachdem sie sich vom ordnungsgemässen Funktionieren der Kontroll- und Vergabestellen in den beiden Ländern überzeugt hatte. Um das Korruptionsrisiko in den Projekten des Erweiterungsbeitrags zu minimieren, hat die Schweiz verschiedene Präventionsmassnahmen getroffen.

Strukturen und organisatorische Abläufe

Die Institutionen, mit denen die Schweiz in Bulgarien und Rumänien zusammenarbeitet, wurden vorab einer eingehenden Prüfung unterzogen. Mit Audits stellten die Behörden sicher, dass die Strukturen, die organisatorischen Abläufe und die Kontrollmechanismen den Anforderungen der Schweiz genügen. Im Unterschied zum Erweiterungsbeitrag an die EU-10 arbeitet die Schweiz beim Erweiterungsbeitrag an Bulgarien und Rumänien teilweise mit Thematischen Fonds. Bei der Auswahl und Überwachung der Projekte innerhalb der Thematischen Fonds sind Schweizer Fondsverwalter stark involviert (siehe Infobox auf Seite 17).

Projektauswahl

Die Projekte werden von den Partnerländern vorgeschlagen. Bereits bei der Projektauswahl wird auf die Korrektheit des entsprechenden Verfahrens geachtet. Unabhängige Gremien, in welchen u.a. die relevanten Ministerien und die Zivilgesellschaft vertreten sind, überprüfen die Auswahlkriterien und das Auswahlverfahren. Die Schweiz kann an den Treffen die-

ser Gremien als Beobachterin teilnehmen. Für die Prüfung von Machbarkeitsstudien zieht sie ausserdem Schweizer Expertinnen und Experten bei. Die Entscheidung, ob ein Projekt finanziert wird, liegt bei der Schweiz. Die Risiken betreffend Missbrauch und Korruption sind Bestandteil der Projektprüfung.

Auftragsvergabe

Die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen erfolgt gemäss WTO- und EU-Regeln sowie nationalem Recht. Das Partnerland muss die Einhaltung der geltenden Regeln und die Unabhängigkeit aller beteiligten Personen bei jeder öffentlichen Ausschreibung schriftlich bestätigen. Die Ausschreibungsunterlagen enthalten überdies eine Integritätsklausel, mit der sich alle Beteiligten verpflichten, keine Korruption zu begehen. Die Schweiz hat Zugang zu allen Unterlagen im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe. Von der Schweiz beauftragte Expertinnen und Experten überprüfen in der Regel die Ausschreibungsunterlagen für Aufträge von mehr als 500 000 Franken vor deren Publikation.

Umsetzungsphase

Regelmässige Berichterstattung

Die Verantwortung für den Nachweis der erbrachten Leistungen liegt bei der Stelle, die das Projekt eingereicht hat. Diese erstattet der Schweiz mindestens alle sechs Monate Bericht über den Fortschritt des Projekts und über die in Rechnung gestellten Leistungen. Das Partnerland überprüft und bestätigt der Schweiz, dass die Rückerstattungsforderungen korrekt sind. Die Schweiz erhält Einsicht in alle relevanten Unterlagen.

Besteht ein Verdacht, dass es zu Unregelmässigkeiten gekommen ist, müssen die Partnerstaaten die Schweiz informieren. Die Partnerstaaten gehen den Verdachtsfällen nach und stellen gegebenenfalls die strafrechtliche Verfolgung nach nationalem Recht sicher.

Enge Begleitung vor Ort

Für Bulgarien und Rumänien haben die DEZA und das SECO in Bukarest und Sofia Büros errichtet. Für die EU-10 bestehen Büros in Warschau, Riga, Budapest, Prag und Bratislava. Sie sind Teil der Schweizer Botschaften und werden von diesen unterstützt. Die Mitarbeitenden der Büros kennen die lokalen Ver-

hältnisse, verfügen über direkte Kontakte zu den zuständigen Behörden und begleiten und überwachen die Projekte vor Ort.

Weiter vergibt die Schweiz Mandate an externe Expertinnen und Experten. Diese überprüfen bei Projektbesuchen die erbrachten Leistungen mit ihrem spezifischen Fachwissen.

Mindestens alle zwei Jahre und bei Projektabschluss wird bei jedem Projekt durch eine zertifizierte Organisation ein Finanzaudit vorgenommen. Die Schweiz wird über alle durchgeführten Audits informiert und erhält die Zusammenfassungen mit den Schlussfolgerungen und Empfehlungen.

Rückzahlungsmechanismus und Auszahlungsstopp im Verdachtsfall

In der Regel werden die Beiträge an Projekte aus dem Haushalt des Partnerstaats vorfinanziert. Erst nachdem die Schweiz die vom Partnerland geprüften und bestätigten Rückerstattungsforderungen erhalten und ihrerseits überprüft hat, gibt sie die Auszahlungen frei. Bei Verdacht auf Unregelmässigkeiten kann die Schweiz Auszahlungen stoppen und unrechtmässig bezahlte Beiträge zurückfordern.

Infobox: Projekte zur Korruptionsbekämpfung in Bulgarien und Rumänien

Die Schweiz beschränkt sich nicht nur darauf, das Korruptionsrisiko in den Projekten des Erweiterungsbeitrags zu minimieren. Sie finanziert in Bulgarien und Rumänien auch verschiedene Projekte, welche die Bekämpfung von Korruption und organisiertem Verbrechen zum Ziel haben. Dabei geht es insbesondere um die Stärkung von Institutionen, die Wirtschaftsverbrechen verfolgen und Geldwäscherei bekämpfen oder öffentliche Aufträge vergeben. Auch ein Erfahrungsaustausch mit den Schweizer Strafverfolgungsbehörden sowie Reformen im Justizbereich sind Teil der Projekte. Ebenso leisten die NGO-Projekte einen Beitrag zur Korruptionsbekämpfung, da eine funktionierende Zivilgesellschaft eine wichtige Kontrollfunktion wahrnehmen kann.

Stimmen aus Bulgarien und Rumänien



Bulgarien



Der Schweizer Beitrag unterstützt Bulgarien gezielt in Bereichen mit Entwicklungsbedarf und dort, wo die Schweiz selber Wissen und Kompetenzen mitbringt.

Spezielle Aufmerksamkeit verdient die Förderung des dualen Berufsbildungssystems. Die Schweiz gibt ihre Erfahrung an Bulgarien weiter und beeinflusst das bulgarische Bildungssystem nachhaltig. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Auch die Zusammenarbeit zwischen Schweizer und bulgarischen Nichtregierungsorganisationen, NGO, ist hervorzuheben, denn NGO leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft und dem Funktionieren der Demokratie in Bulgarien.

Wir schätzen den Schweizer Beitrag, da er die bilateralen Partnerschaften und die vertrauensvolle Zusammenarbeit stärkt. Der Vorteil des eher kleinen finanziellen Beitrags ist, dass er qualitativ hochstehende, resultatorientierte Projekte unterstützt und auf die wirklichen Bedürfnisse und Kapazitäten der bulgarischen Partner eingeht.

Ich bin überzeugt, dass die Zusammenarbeit zu konkreten und nachhaltigen Resultaten führt und hoffe, dass wir unsere gute Zusammenarbeit auch in Zukunft fortführen können.

Meglena Plugtschieva

Botschafterin der Bulgarischen Republik für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein



Der Schweizer Beitrag an Bulgarien hat bewiesen, dass auch im Vergleich zu den EU-Fonds kleinere Beträge etwas bewirken können, wenn sie zielgerichtet eingesetzt werden. Wir erwarten sichtbare, greifbare und nachhaltige Resultate. Ausserdem schätzt Bulgarien das schweizerisch-bulgarische Zusammenarbeitsprogramm deshalb, weil es ermöglicht, dass sich Menschen beider Länder näher kommen. Gegenseitiges Verständnis und Respekt bilden den Kern aller Bestrebungen und jeglichen Fortschritts.

Mariana Kordova

Direktorin der Direktion für Monitoring der EU-Fonds

Leiterin der Nationalen Koordinationsstelle für das schweizerisch-bulgarische Zusammenarbeitsprogramm
Ministerrat



Rumänien



Die schweizerisch-rumänische Zusammenarbeit funktioniert ausgezeichnet. Davon zeugen auch die ersten Resultate der Projekte in den Bereichen Sicherheit, Forschung, Ausbildung und Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen.

Neben der thematischen Vielfalt sind sowohl die direkte, professionelle und konstruktive Zusammenarbeit mit den Schweizer Partnern als auch die sorgfältige vorgängige Bedürfnisabklärung zentral für den Erfolg des Programms. Die gute Zusammenarbeit hat zweifelsohne auch die bilateralen Beziehungen gestärkt.

Angesichts der äusserst fruchtbaren Kooperation ist Rumänien sehr daran interessiert, die Zusammenarbeit langfristig weiterzuführen und auf weitere wichtige Bereiche auszuweiten.

Im Namen der rumänischen Regierung danke ich der Schweiz für die ausserordentlich gute Zusammenarbeit. Wir hoffen, dass wir die freundschaftliche und wirksame schweizerisch-rumänische Partnerschaft in den kommenden Jahren weiter werden vertiefen können.

Anca Opris

Botschafterin Rumäniens für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein



Der Schweizer Beitrag unterstützt in Rumänien Projekte in den Bereichen Sicherheit, Stabilität und Unterstützung für Reformen, Umwelt und Infrastruktur, Förderung der Privatwirtschaft sowie menschliche und soziale Entwicklung. Insbesondere die Projekte zum Schutz der Umwelt und zur Entwicklung von integrierten Gesundheits- und Sozialdienstleistungssystemen sowie das KMU-Förderungsprogramm sind für Rumänien von grossem Interesse.

In Anbetracht der vielfältigen Projekte und zahlreichen Menschen, die davon profitieren, bin ich zuversichtlich, dass das Programm konstruktive Lösungen hervorbringen wird, die langfristig als Vorbild dienen und zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten beitragen.

Im Namen der rumänischen Nationalen Koordinationsstelle möchte ich der Schweiz für ihre Unterstützung und die ausgezeichnete Zusammenarbeit im Rahmen dieses Programms danken.

Cosmina Manolescu

Generaldirektorin, Leiterin der Nationalen Koordinationsstelle für das schweizerisch-rumänische Zusammenarbeitsprogramm Finanzministerium

Anhang 1: Projektbeispiele aus Bulgarien und Rumänien

Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

Gesicherte Darlehen für rumänische KMU

KMU ALS MOTOR FÜR WACHSTUM UND ENTWICKLUNG



KMU in den Sektoren verarbeitende Industrie, Tourismus, Gesundheit oder Clean-Tech erhalten Zugang zu langfristigem Investitionskapital. Ein Unternehmen mit 20 Angestellten erhielt ein Darlehen von 79000 Franken, um eine Werkzeugmaschine zu kaufen, die durch den Einsatz moderner Steuerungstechnik 3D-Werbe-Produkte automatisch zuschneiden kann. Die Anschaffung ermöglicht die Beschäftigung von drei neuen Mitarbeitenden.

Kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) sind zentral für die wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens. Oft ist es für KMU aber aufgrund mangelnder Sicherheiten schwierig, von Geschäftsbanken die notwendigen Kredite zu bekommen. Die Schweiz beteiligt sich daher mit 24,5 Millionen Franken an einem Darlehensfonds, aus dem KMU mit Garantien gesicherte Darlehen in der Höhe von maximal 100000 Franken erhalten.

99,7% der rumänischen Unternehmen sind KMU, 66% der Arbeitnehmenden sind im KMU-Sektor beschäftigt. Es besteht jedoch noch grosses Entwicklungspotenzial, denn die Dichte an KMU ist in Rumänien nur halb so hoch wie im EU-Durchschnitt.

280 INVESTITIONSKREDITE FÜR KMU

Ein grosses Hindernis für rumänische KMU ist der eingeschränkte Zugang zu langfristigem Investitionskapital. Denn oft sind KMU aufgrund eines fehlenden Leistungsausweises und mangelnder Sicherheiten für Geschäftsbanken nicht kreditwürdig. Daher beteiligt sich die Schweiz mit 24,5 Millionen Franken an einem Darlehensfonds der rumänischen CEC Bank. Daraus erhalten bis zu 280 rumänische KMU unter folgenden Bedingungen gesicherte Investitionsdarlehen:

- Die KMU müssen in den Sektoren verarbeitende Industrie, Tourismus, Gesundheit oder Clean-Tech tätig sein.
- Die Höhe der Darlehen beträgt maximal 100000 Franken.
- Der von der CEC Bank verlangte Zins liegt maximal 3,5% über dem rumänischen Kreditzins am Interbankenmarkt.
- Wenn ein KMU nicht genug Sicherheiten bieten kann, deckt der rumänische Kreditgarantiefonds bis zu 80% des Kreditbetrags.

Die Schweiz finanziert jedes Darlehen zu 70% mit. Die restlichen 30% muss die CEC Bank aus eigenen Mitteln beisteuern. Die zurückbezahlten Darlehen fließen in den Fonds zurück und stehen so für neue Kredite zur Verfügung.

Die CEC Bank wurde über eine öffentliche Ausschreibung für dieses Programm ausgewählt. Sie verfügt über eine langjährige Erfahrung als Spar- und Kreditinstitut, die bis auf das Jahr 1864 zurückgeht.



Im ersten Semester nach Programmbeginn hat die CEC Bank knapp 30 Investitionskredite vergeben. Rund ein Drittel davon geht an KMU, die im Tourismusbereich tätig sind. Alexandru Serban erhielt ein Darlehen von 44000 Franken, um ein neues Restaurantgebäude zu kaufen. Unter anderem konnte er dank des Darlehens eine zusätzliche Arbeitsstelle schaffen.

VERBESSERTER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND MEHR ARBEITSPLÄTZE

Ziel des Programms ist es, die KMU soweit zu stärken, dass sie wettbewerbsfähiger werden und langfristig direkt von Geschäftsbanken Kredite erhalten. Mit der Entwicklung eines starken KMU-Sektors fördert Rumänien das Wirtschaftswachstum und schafft Arbeitsplätze.

Mein Unternehmen, meine Zukunft. Dank dem Investitionskredit, den ich durch meine Initiative und aufgrund meines Firmenkonzepts erhalten habe, konnte ich mein Unternehmen ausbauen.



Adrian Miler, Unternehmer aus Târgoviste

DAS PROJEKT IN KÜRZE

ZIEL

Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

THEMA

Zugang zu Finanzierung für KMU

LAND

Rumänien

AUSGANGSLAGE/HINTERGRUNDINFORMATION

Aufgrund mangelnder Sicherheiten ist es für rumänische KMU schwierig, von Geschäftsbanken Kredite zu bekommen. Die Dichte an KMU ist in Rumänien nur halb so hoch wie im EU-Durchschnitt.

ZWECK

Wettbewerbsfähigkeit der KMU stärken und Arbeitsplätze schaffen

AKTIVITÄTEN

Vergabe von mit Garantien gesicherte Darlehen in der Höhe von maximal 100000 CHF in den Sektoren verarbeitende Industrie, Tourismus, Gesundheit oder Clean-Tech

ZIELGRUPPE

KMU

KOSTEN

Gesamtprojektkosten:
CHF 35,0 Mio.
Schweizer Beitrag:
CHF 24,5 Mio.

VERANTWORTUNG FÜR DIE PROJEKTUMSETZUNG

Rumänisches Wirtschaftsministerium

DAUER

2014–2019

ERWEITERUNGSBEITRAG

Januar 2015

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

Spitalexterne Hilfe und Pflege für ältere Menschen in Bulgarien

SELBSTSTÄNDIGKEIT BEWAHREN FÖRDMT DIE LEBENSQUALITÄT IM HOHEN ALTER



Der 78-jährige Lyubomir Tzenov ist froh, dank der spitalexternen Pflege wieder ein unabhängiges Leben führen zu können.

Die steigende Lebenserwartung in Bulgarien führt zu einer erhöhten Anzahl älterer Menschen. Damit diese auch im hohen Alter noch zu Hause im gewohnten Umfeld leben können, führt dieses Projekt die spitalexterne Hilfe und Pflege in vier Gemeinden ein. Die ambulante Pflege durch Fachpersonal bewahrt eine gewisse Selbstständigkeit der Patienten und verbessert so die Lebensqualität von chronisch kranken oder behinderten Menschen fortgeschrittenen Alters.

Die Bevölkerung in Bulgarien wird immer älter. Die Geburtenrate hingegen ist tief, und junge Bulgarinnen und Bulgaren wandern vermehrt ins Ausland aus oder vom Land in grössere Städte ab. Viele ältere Menschen in Bulgarien sind deshalb medizinisch und sozial vermehrt auf sich alleine gestellt. Das Projekt verbessert durch spitalexterne Hilfe und Pflege die Lebensqualität von chronisch kranken oder behinderten älteren Bulgarinnen und Bulgaren, einschliesslich Angehörigen der Romabevölkerung.

HILFE UND PFLEGE ZU HAUSE – DER «SPITEX»-DIENST

Benötigt man medizinische Versorgung, geht man entweder zum Arzt oder ins Spital. In Bulgarien gibt es zwar eine Vielzahl an Spitälern. Diese Art der Behandlung ist aber für ältere Menschen und oft an den Rand der Gesellschaft gedrängte Bevölkerungsgruppen mit chronischen Krankheiten oder Behinderungen nicht optimal. Daher muss ein effizientes und effektives Gesundheitssystem über die Behandlung im Spital hinaus auch betroffene Personen zu Hause berücksichtigen. Dies entlastet sowohl die Spitäler, als auch die Zielgruppen.

Diese spitalexterne Hilfe und Pflege, in der Schweiz unter dem Begriff «Spitex» sehr bekannt, stellt eine echte Alternative im Rahmen des bulgarischen Gesundheitssystems dar. In der Schweiz profitieren jährlich über 200 000 Personen von einer solchen Dienstleistung, rund 15 000 Vollzeitstellen sorgen für die nötige Betreuung.

SELBSTSTÄNDIGKEIT BIS INS HOHE ALTER BEWAHREN

Durch das Projekt werden vier Anlaufstellen für häusliche Pflege in vier Gemeinden im bulgarischen Bezirk Wraza aufgebaut, welche über 350 ambulante Patienten betreuen. Dadurch können ältere Menschen zu Hause in einem vertrauten Umfeld leben. Sie erhalten regelmässigen Besuch von ausgebildetem Personal im Pflegebereich sowie Haushaltshilfen. Dies fördert die Selbstständigkeit der betreuten Person bis ins hohe Alter.

Ein zusätzlicher Vorteil ist die Kostenersparnis, da die Pflege zu Hause billiger ist als in einem Spital. Diese Behandlungsart generiert auch Arbeitsplätze für die Bevölkerung vor Ort und führt dadurch zu einer verringerten Landflucht der jüngeren Generationen.

MÖGLICHKEIT EINER ZUKÜNFTIGEN DIENSTLEISTUNG AUF NATIONALER EBENE



Im Rahmen des Projekts werden auch nationale Qualitätsstandards für die Pflege zu Hause ausgearbeitet, damit klar geregelt wird, wer welche Aufgaben bei den Hausbesuchen vornimmt. Zusätzlich finden Abklärungen statt, ob das Angebot für die Roma-Bevölkerung und andere Minderheitsgruppen in Bulgarien eine Anpassung benötigt, damit diese Pflegeform auch für diese Gruppen gezielt und effizient eingesetzt werden kann.

Schliesslich werden aufgrund der Erfahrungen und Resultate auch Vorschläge und Empfehlungen auf nationaler Ebene des Gesundheitswesens vorgebracht, um in der Vergangenheit eingeläutete Reformen im Gesundheitsbereich voranzutreiben. So wird das System der spitalexternen Pflege auf nationaler Ebene verankert und könnte in Zukunft auch landesweit angeboten werden, damit demographische und sozio-ökonomische Herausforderungen im Gesundheitsbereich zukünftig sinn- und zeitgemäss gemeistert werden.

Dank der spitalexternen Pflege fühle ich mich zu Hause sicher.



Gena Nikolova (89), Rentnerin aus dem bulgarischen Bezirk Wraza.

DAS PROJEKT IN KÜRZE

ZIEL

Soziale Sicherheit erhöhen

THEMA

Sozialdienste für bestimmte Zielgruppen

LAND

Bulgarien

PARTNER

Schweizerisches Rotes Kreuz SRK
Experten im Spitex-Bereich

AUSGANGSLAGE/HINTERGRUNDINFORMATION

Wie vielerorts wird auch in Bulgarien die Bevölkerung immer älter. Mehr Personen als früher benötigen regelmässige Pflege im Alter. In manchen Regionen Bulgariens, wo die Abwanderung in Städte oder ins Ausland besonders gross ist, haben viele ältere Bewohner niemanden mehr, der sich medizinisch und sozial um sie kümmert.

ZWECK

Das Projekt verbessert die Lebensqualität von chronisch kranken oder behinderten älteren Menschen und Angehörigen von Minderheiten, insbesondere der Roma. Die spitalexterne Behandlung entlastet sowohl die Spitäler als auch die Pflegebedürftigen.

AKTIVITÄTEN

Das Projekt etabliert vier Anlaufstellen zur Pflege in vier Gemeinden der Region Wraza. Ausgebildetes Personal im Pflegebereich besucht zusammen mit Haushaltshilfen pflegebedürftige Personen fortgeschrittenen Alters bei ihnen zu Hause und stellt die notwendige Pflege sicher.

ZIELGRUPPEN

Ältere Bulgarinnen und Bulgaren einschliesslich Angehörige der Romabevölkerung über 65 Jahren mit chronischen Krankheiten oder Behinderungen in der Region Wraza.

KOSTEN

Gesamtprojektkosten:
CHF 2,8 Mio.
Schweizer Beitrag:
CHF 2,4 Mio.

VERANTWORTUNG FÜR DIE PROJEKTUMSETZUNG

Bulgarisches Rotes Kreuz BRK
Schweizerisches Rotes Kreuz SRK

DAUER

2012–2016

ERWEITERUNGSBEITRAG

Januar 2015

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

Förderung von Energieeffizienz und umweltverträglicher Mobilität

SCHWEIZER MODELL ENERGIESTADT IN RUMÄNIEN



Der Schweizer Beitrag unterstützt ausgewählte Städte in Rumänien, die sich als Pilot-Energiestadt engagieren.

Die Schweiz setzt sich in Rumänien für eine nachhaltige Energie-, Verkehrs- und Umweltpolitik ein. Zu diesem Zweck unterstützt sie die Einführung des in der Schweiz entwickelten Energiestadtlabels. Es handelt sich dabei um ein Qualitätsmanagement- und Zertifizierungssystem für Gemeinden, die eine nachhaltige Energiepolitik umsetzen.

Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 20% zu reduzieren, die Energieeffizienz um 20% zu steigern und den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 20% zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund unterstützt die Schweiz mit 41 Millionen Franken zum einen den Aufbau eines Trägervereins Energiestadt Rumänien, zum andern neun energierelevante Infrastrukturprojekte in vier ausgewählten Städten. Ausserdem beteiligt sie sich an einem Fonds zur landesweiten Verbreitung des Energiestadtkonzepts und zur Unterstützung energierelevanter Aktivitäten in strukturschwachen Regionen Rumäniens.

ERFAHRUNGSAUSTAUSCH MIT ENERGIESTADT SCHWEIZ

Die Schweiz unterstützt Rumänien bei der Einführung des europäischen Instruments *European Energy Award*, das auf dem Schweizer Energiestadt-konzept basiert. Es handelt sich dabei um ein internationales Qualitätsmanagement- und Zertifizierungssystem, das bereits seit zehn Jahren zahlreiche Gemeinden in Europa auf dem Weg der Energiewende unterstützt. Jede Gemeinde entwickelt dabei einen massgeschneiderten Aktionsplan (*Sustainable Energy Action Plan SEAP*). Bereits mehr als 1200 Gemeinden in ganz Europa sind involviert.

Im Rahmen des Programms wird auch der Aufbau einer rumänischen Institution (Energiestadt-Trägerverein) unterstützt. Dazu gehören der Aufbau einer unabhängigen Zertifizierungsstelle, die Zulassung von Energiestadt-Beratern sowie die Entwicklung von Massnahmen und Programmen zum Erfahrungsaustausch. Der Trägerverein Energiestadt Schweiz bringt dabei seine langjährige Erfahrung und sein Fachwissen mit ein. Die Schweiz leistet während der ersten drei Jahre einen Beitrag an die Betriebskosten des neuen rumänischen Trägervereins.

NEUN ENERGIEPROJEKTE IN VIER RUMÄNISCHEN STÄDTEN

Weiter hat Rumänien unter 21 Kandidaturen die vier Städte Arad, Brasov, Cluj-Napoca und Suceava als Pilot-Energiestädte ausgewählt. Diese vier mittelgrossen Städte befinden sich in unterschiedlichen Regionen Rumäniens, um das Energiestadt-konzept möglichst im ganzen Land bekannt zu machen. Die vier Städte möchten sich als Energiestädte zertifizieren lassen. Basierend auf den von den Städten ausgearbeiteten Aktionsplänen unterstützt die Schweiz die folgenden Infrastrukturprojekte:

- Effizientere Fernheizsysteme in Arad und Brasov
- Energieeffiziente Renovation von öffentlichen Gebäuden in Brasov und Cluj-Napoca
- Elektrobusse in Cluj-Napoca und Elektromobilität in Suceava
- LED-Strassenbeleuchtung in Arad, Cluj-Napoca und Suceava



Die Stadt Cluj-Napoca nutzt die Mittel aus dem Energiestadtprogramm, um zwei Schulen energieeffizient zu sanieren.



Die Stadt Suceava ersetzt alte Strassenlampen durch energieeffiziente LED-Lampen und optimiert den Betrieb der Beleuchtung mit einem Fernsteuerungssystem.

LANDESWEITE VERBREITUNG DES ENERGIE-STADTKONZEPTS

Das Energiestadtprogramm beschränkt sich aber nicht auf die vier ausgewählten Städte. Über einen Fonds unterstützt die Schweiz weitere Städte bei der Einführung des Qualitätsmanagement- und Zertifizierungssystems *European Energy Award* und hilft bei der Finanzierung kleinerer energierelevanter Projekte in strukturschwachen Regionen mit.

Mit der Umsetzung des Projekts zur Einführung moderner und effizienter Strassenbeleuchtung kann Suceava den Lebensstandard seiner Bewohner heben. Einerseits senkt eine moderne, effiziente, einheitliche und den EU-Standards entsprechende Beleuchtung die Elektrizitätskosten und entlastet somit das Budget der Stadt. Andererseits wird der CO₂-Ausstoss verringert.



Ion Lungu, Bürgermeister von Suceava

DAS PROJEKT IN KÜRZE

ZIEL

Umwelt schützen

THEMA

Energieeffizienz und erneuerbare Energien

LAND

Rumänien

PARTNER

Trägerverein Energiestadt Schweiz
Diverse Schweizer Energiestädte

AUSGANGSLAGE/HINTERGRUNDINFORMATION

Der *European Energy Award* ist ein internationales Qualitätsmanagement- und Zertifizierungssystem, das auf dem Schweizer Energiestadtprogramm beruht. Er unterstützt über 1200 europäische Gemeinden auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energiepolitik.

ZWECK

Verbesserter Umweltschutz durch Förderung von Energieeffizienz und umweltverträglicher Mobilität

AKTIVITÄTEN

- Aufbau eines Trägervereins Energiestadt Rumänien
- Umsetzung von neun energierelevanten Infrastrukturprojekten in vier ausgewählten Städten
- Etablierung eines Fonds zur landesweiten Verbreitung des Energiestadtprogramms und zur Unterstützung energierelevanter Aktivitäten in strukturschwachen Regionen

ZIELGRUPPEN

Vier ausgewählte Städte (Arad, Brasov, Cluj-Napoca, Suceava), Trägerverein Energiestadt Rumänien und über letzteren weitere Gemeinden in Rumänien

KOSTEN

Gesamtprojektkosten:
CHF 47,4 Mio.
Schweizer Beitrag:
CHF 41,2 Mio.

VERANTWORTUNG FÜR DIE PROJEKTUMSETZUNG

Rumänischer und Schweizer Trägerverein Energiestadt; die vier Gemeinden Arad, Brasov, Cluj-Napoca, Suceava; Rumänisches Ministerium für Regionalentwicklung

DAUER

2014–2019

ERWEITERUNGSBEITRAG

Januar 2015

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

Förderung der öffentlichen Sicherheit in ländlichen Gemeinden Rumäniens

DIE SCHWEIZ UNTERSTÜTZT RUMÄNIENS POLIZEIREFORM DURCH BÜRGERNAHE POLIZEIARBEIT



Eine Bewohnerin der rumänischen Gemeinde Merișani bittet die Gemeindepolizei um Hilfe.

Die Schweiz unterstützt die Arbeit der Polizei in Rumänien. Es geht darum, das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei zu stärken und die Kriminalität zu bekämpfen. Besonders gefördert wird die Verständigung zwischen der Polizei und benachteiligten Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel der Minderheit der Roma.

Das Vertrauen der rumänischen Bevölkerung in öffentliche Institutionen ist oft niedrig. Laut Umfragen sind 93% der rumänischen Bevölkerung der Meinung, dass die Beziehung zwischen der Bevölkerung und der Polizei verbessert werden sollte.

Die Schweiz trägt dazu bei, die Arbeit der Polizei in 97 ländlichen Gemeinden Rumäniens zu verbessern, das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei zu stärken und die Kriminalitätsrate zu senken. Dabei arbeitet sie mit dem Ansatz der bürgernahen Polizeiarbeit (*Community Policing*), bei dem der Fokus auf der Prävention und der Lösungsfindung liegt.

Das Projekt umfasst drei Bereiche:

- Stärkung der bürgernahen Polizeiarbeit
- Schulung von Polizistinnen und Polizisten
- Logistische und operationelle Unterstützung der Polizei

STÄRKUNG DER BÜRGERNAHEN POLIZEIARBEIT

Schweizer Expertinnen und Experten haben in den 97 ausgewählten Gemeinden eine Studie zur sozio-ökonomischen Situation, Kriminalität und zum Verhältnis zwischen der Bevölkerung und der Polizei durchgeführt – dies mit Unterstützung der rumänischen Polizei. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse dienen als Grundlage für das Projekt. Ausserdem besuchen 68 rumänische Polizistinnen und Polizisten in leitenden Funktionen Schulungen zur bürgernahen Polizeiarbeit. Fünf von ihnen reisen zum Erfahrungsaustausch in die Schweiz.

SCHULUNG VON POLIZISTINNEN UND POLIZISTEN

Rund 200 Polizistinnen und Polizisten besuchen in einem neu geschaffenen Lernzentrum Kurse zur Sprache und Kultur der Roma. Das Zentrum ist Teil der Polizeiakademie in Slatina, einer rund 150 Kilometer westlich von Bukarest gelegenen Stadt. Dadurch sollen die Verständigung und das Verhältnis zwischen der Polizei und der Roma-Minderheit verbessert werden. Ausserdem nehmen rund 2500 Polizistinnen und Polizisten aus den ausgewählten Gemeinden an Kommunikations- und Mediationskursen teil – Kommunikation und Mediation sind zentrale Aspekte der bürgernahen Polizeiarbeit.



Polizistinnen und Polizisten besuchen in einem neu geschaffenen Lernzentrum an der Polizeiakademie in Slatina Kurse zur Sprache und Kultur der Roma.

LOGISTISCHE UND OPERATIONELLE UNTERSTÜTZUNG DER POLIZEI

Um die Arbeit der Polizei möglichst bürgernahe zu gestalten, ist eine bessere Mobilität der Polizei in den ausgewählten Gemeinden notwendig. Deshalb wird sie mit Fahrzeugen und modernen Arbeitsinstrumenten ausgestattet. Bis Ende 2013 waren 69 Dörfer mit Fahrzeugen und Arbeitsinstrumenten wie Computer und Drucker ausgerüstet.

BEWÄHRTE ZUSAMMENARBEIT MIT DER SCHWEIZ

Die Schweiz unterstützte bereits im Jahre 2000 die rumänische Regierung bei der Einführung der bürgernahen Polizeiarbeit in den Städten. Dieses Pilotprojekt war so erfolgreich, dass die rumänische Regierung sich dazu entschied, *Community Policing* auch in ländlichen Regionen einzuführen. Wie bereits im Pilotprojekt, setzt sie auch bei der Einführung der bürgernahen Polizeiarbeit in ländlichen Gebieten auf Schweizer Fachwissen. Die rumänische Polizei arbeitet eng mit der Polizeiakademie Savatan im Kanton Waadt und dem Genfer Hochschulinstitut für internationale Studien (*Geneva Graduate Institute of International and Development Studies*) zusammen.

Finanziell unterstützt die Schweiz das Projekt mit knapp 2 Millionen Franken. Das Projekt ist Teil des Thematischen Fonds Sicherheit. Damit finanziert die Schweiz 20 verschiedene Projekte im Sicherheitsbereich in Rumänien im Umfang von 18 Millionen CHF. Unter anderem unterstützt sie das Land im Justizbereich, bei der Umsetzung des Schengener Abkommens sowie bei der Bekämpfung von Korruption, Menschenhandel und organisiertem Verbrechen.

Dank der Schulung verstehe ich die Gewohnheiten, Traditionen und die Sprache der Roma besser. Ausserdem schenkt mir die Roma-Gemeinschaft mehr Vertrauen. Dies hilft mir, die Probleme in der Gemeinde zu lösen.



Ionut Popa, Unteroffizier der Gemeindepolizei Merișani

DAS PROJEKT IN KÜRZE

ZIEL

Öffentliche Sicherheit erhöhen

THEMA

Unterstützung der Polizei in ländlichen Gebieten Rumäniens

LAND

Rumänien

PARTNER

Verschiedene Schweizer Institutionen und Experten

AUSGANGSLAGE/HINTERGRUNDINFORMATION

In einigen ländlichen Gebieten in Rumänien ist die Kriminalität im nationalen Vergleich hoch, und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei gering.

ZWECK

Die Einführung der bürgernahen Polizeiarbeit in 97 ländlichen Gemeinden Rumäniens soll das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei stärken und die Kriminalitätsrate senken.

AKTIVITÄTEN

- Einführung der bürgernahen Polizeiarbeit
- Schulungen von Polizistinnen und Polizisten zur Sprache und Kultur der Roma
- Logistische und operationelle Unterstützung der Polizei

ZIELGRUPPEN

Bevölkerung und Polizei in 97 ländlichen rumänischen Gemeinden

KOSTEN

Gesamtprojektkosten:
CHF 2,32 Mio.
Schweizer Beitrag:
CHF 1,97 Mio.

VERANTWORTUNG FÜR DIE PROJEKTUMSETZUNG

Direktorat der öffentlichen Sicherheit im rumänischen Ministerium für Inneres

DAUER

2012–2015

ERWEITERUNGSBEITRAG

Januar 2015

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

Thematischer Fonds Zivilgesellschaft in Bulgarien und Rumänien

STÄRKUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT IN BULGARIEN UND RUMÄNIEN



Die Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten ist für die Demokratie in Bulgarien und Rumänien wichtig.

Die Schweiz finanziert in Bulgarien und Rumänien mit 24,8 Millionen Franken Projekte im sozialen und im Umweltbereich. Diese fördern und stärken die Mitwirkung der Zivilgesellschaft an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der beiden Länder.

Nichtregierungsorganisationen (NGO) haben in Bulgarien und Rumänien in den letzten 20 Jahren ständig an Bedeutung gewonnen. Aber sie stehen noch immer vor grossen Herausforderungen, wie beispielsweise sehr tiefen Mitgliederzahlen und geringem Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse. Zudem hat die Finanz- und Wirtschaftskrise dem NGO-Sektor Bulgariens und Rumäniens in den letzten Jahren stark zugesetzt.

NGO – UNENTBEHRLICHE AKTEURE

Die Probleme im NGO-Sektor sind besorgniserregend, da NGO gerade sozial benachteiligte Bevölkerungsschichten mit einem sozialen Dienstleistungsangebot unterstützen. Ausserdem tragen NGO zu einer aktiven Zivilgesellschaft bei, was wiederum die Demokratisierung fördert. Denn eine starke Zivilgesellschaft übt eine wichtige Kontrollfunktion über staatliche Behörden aus.

Mit einem NGO-Fonds finanziert die Schweiz in Bulgarien und Rumänien über 120 Einzelprojekte im sozialen und im Umweltbereich mit. Durch den Einbezug von Schweizer Projektpartnern in einzelnen Fällen können die NGO von Schweizer Fachwissen und Erfahrung profitieren.

Dank der Kooperation mit Organisationen in den Partnerländern können Schweizer Organisationen ihre Netzwerke und ihr Fachwissen erweitern. Zudem profitiert die Schweiz von der Arbeit der NGO, da ihre Tätigkeit oftmals von internationaler, wenn nicht globaler Relevanz ist, z.B. in den Bereichen Migration und Umweltschutz.



Ein durch den Erweiterungsbeitrag mitfinanziertes Zentrum in Bulgarien bietet soziale Dienstleistungen für traumatisierte Familien und Kinder wie den 7-jährigen Ivan an.

AKTIVE INVOLVIERUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT IN UMWELT- UND NATURSCHUTZ

Der NGO-Fonds in Bulgarien und Rumänien ist Teil des Thematischen Fonds Zivilgesellschaft. Damit finanziert die Schweiz nebst dem NGO-Fonds weitere Projekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft mit. Die meisten dieser Projekte sind im Umweltbereich angesiedelt. In Bulgarien unterstützt die Schweiz beispielsweise mit 4,2 Millionen Franken das Projekt *Linking Nature Protection and Sustainable Rural Development*. Dieses hat zum Ziel, die Zivilgesellschaft aktiver in die nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft sowie den Natur- und Umweltschutz einzubinden. Dabei wird eng mit Schweizer Partnerorganisationen zusammengearbeitet, unter anderem mit Pro Natura und dem Réseau Echange

Développement Durable (REDD), die über wertvolle Erfahrung verfügen. Auch der nachhaltige Anbau, Vertrieb und die Vermarktung von Bio-Produkten ist ein wichtiger Bestandteil des Projekts. Laut dem Projektleiter, Dr. Stoilko Apostolov, ist dieses Projekt ein wichtiges Beispiel dafür, dass Naturschutz und Nachhaltigkeit einen Mehrwert für lokale Produkte und Dienstleistungen erbringen können.



Durch die effiziente Vermarktung von Bio-Produkten und lokalen Marken wird die nachhaltige Landwirtschaft gefördert.

Mein Traum ging in Erfüllung: Endlich kann ich meine Agrarprodukte direkt an die Leute bringen.



Ivan Atanasov, Bauer und Milchproduzent aus Berkovitz

DAS PROJEKT IN KÜRZE

ZIEL

Zivilgesellschaft stärken

THEMA

Thematischer Fonds Zivilgesellschaft

LAND

Bulgarien und Rumänien

PARTNER

NGO, vor allem Verbände, Vereine und Stiftungen

AUSGANGSLAGE/HINTERGRUNDINFORMATION

In den neuen EU-Mitgliedstaaten ist nach dem Zerfall der Sowjetunion ein NGO-Sektor entstanden. Im Vergleich zu den älteren Mitgliedstaaten ist dieser Sektor aber nach wie vor klein, dies besonders in Bulgarien und Rumänien.

ZWECK

- Stärkung der Zivilgesellschaft in Bulgarien und Rumänien
- Kofinanzierung von über 120 Projekten

AKTIVITÄTEN

- Austausch von Fachwissen auf einem bestimmten Themengebiet mittels Partnerschaften
- Gegenseitige Besuche zum Erfahrungsaustausch
- Gegenseitige Evaluationen und Verfassen von Erfahrungsberichten
- Aufbau langfristiger internationaler Beziehungen auf dem Fachgebiet

ZIELGRUPPEN

Direkt: NGO in den entsprechenden Ländern

Indirekt: Zivilgesellschaft in Bulgarien und Rumänien

KOSTEN

CHF 24,8 Mio.

(Bulgarien: CHF 8 Mio., Rumänien: CHF 16,8 Mio.)

VERANTWORTUNG FÜR DIE PROJEKTUMSETZUNG

Bulgarische und rumänische und NGO, teilweise in Zusammenarbeit mit Schweizer Partnern

DAUER

2011–2019

ERWEITERUNGSBEITRAG

Januar 2015

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

Anhang 2: Ausgewählte Statistiken

Tabelle 1: Wirtschaftliche Entwicklung

Land	Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) ¹				Kaufkraft im Verhältnis zum EU-Ø ²	Arbeitslosen- quote in % ³	Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen in % ⁴
	2010	2011	2012	2013	2013	2013	2012
Bulgarien	0,7	2,0	0,5	1,1	47	13,04	49,3
Rumänien	-0,8	1,1	0,6	3,4	54	7,3	41,7
EU-Durchschnitt	2,1	1,7	-0,4	0,0	100	-	24,8
Schweiz	3,0	1,8	1,1	1,9	158	3,2	17,5

Tabelle 2: Menschliche und soziale Entwicklung

Land	Index der menschlichen Entwicklung (HDI) ⁵		Korruptions- wahrnehmungs- Index 2014 ⁶		Gini- Koeffizient ⁷	Lebenserwartung (im Alter von 1 Jahr) ⁸
	2013		2014		2013	2012
	Wert	Rang	Wert	Rang		
Bulgarien	0,777	58	43	69	35,4	74,0
Rumänien	0,785	54	43	69	34,0	74,2
EU-Durchschnitt	-	-	-	-	30,5	79,6
Schweiz	0,917	3	86	5	28,5	82,1

Tabelle 3: Umwelt und Energie

Land	Anteil der erneuer- baren Energieträger am Primärenergie- angebot in % ⁹	CO ₂ -Ausstoss in Tonnen pro Kopf ¹⁰	Erzeugung von gefährlichem Abfall in Kilogramm pro Kopf ¹¹	Erfüllung von EU- Naturschutzbestim- mungen (Habitats- richtlinie) in % ¹²
	2011	2011	2012	2010
Bulgarien	7,1	3,82	1835 ¹³	94
Rumänien	14,1	6,58	33	82
EU-Durchschnitt	11,1	7,04	202	89
Schweiz	21,3	5,07	-	-

-
- ¹ Quelle: Eurostat Dezember 2014.
- ² Quelle: Eurostat Juli 2014. Der Volumenindex des BIP in Kaufkraftstandards (KKS) pro Kopf wird relativ zum Durchschnitt der Europäischen Union (EU-27), der zu 100 gesetzt ist, ausgedrückt. Ist der Indexwert eines Landes grösser als 100, so hat dieses Land ein BIP pro Kopf über dem EU-Durchschnitt (und umgekehrt). Die zugrunde liegenden Zahlen sind in KKS ausgedrückt, einer einheitlichen Währung, die Preisniveauunterschiede zwischen Ländern ausgleicht und damit aussagekräftige BIP-Volumenvergleiche erlaubt.
- ³ Quelle: International Monetary Fund IMF.
- ⁴ Quelle: Eurostat Juli 2014.
- ⁵ Quelle: UNDP: Der Human Development Index (HDI) misst die Lebensqualität und das Entwicklungsniveau in einem Land. Das Instrument berücksichtigt drei Faktoren: Lebenserwartung, Bildung und Einkommen. Es werden 156 Länder verglichen.
- ⁶ Quelle: Transparency International. Seit 1995 klassifiziert Transparency International weltweit 175 Länder bezüglich der von der Zivilbevölkerung wahrgenommenen Korruption im öffentlichen Sektor. Dieser Index bewertet die Länder aufgrund von Umfragen auf einer Skala von 0 (sehr korrupt) bis 100 (nicht korrupt).
- ⁷ Quelle: Eurostat Dezember 2014. Der Gini-Koeffizient ist ein Indikator für Ungleichheit (Lohn, Einkommen, Lebensstandard etc.). Sein Wert variiert zwischen 0 und 100. Bei absoluter Gleichverteilung beträgt der Index 0. Bei völliger Ungleichheit, wenn also alle Einkommen ausser einem null sind, beträgt der Index 100.
- ⁸ Quelle: Eurostat Juli 2014.
- ⁹ Quelle: International Energy Agency IEA.
- ¹⁰ Quelle: International Energy Agency IEA, CO₂-Emissions from Fuel Combustion Highlights, Edition 2013.
- ¹¹ Quelle: Eurostat November 2014. Gefährliche Abfälle können die menschliche Gesundheit und die Umwelt gefährden, wenn sie nicht sicher behandelt und beseitigt werden. Der Indikator beinhaltet alle Abfälle, die gemäss der Abfall-Rahmenrichtlinie (Richtlinie 2008/98/EC) als gefährlich eingestuft werden. Radioaktive Abfälle fallen nicht unter diese Richtlinie.
- ¹² Quelle: Eurostat Juli 2014. Erreicht der Index 100%, bedeutet dies, dass die Vorschläge der Mitgliedstaaten zum Schutz von natürlichen Lebensräumen sowie von Tieren und Pflanzenarten gemäss EU-Habitatsrichtlinie ausreichend sind.
- ¹³ Der hohe Wert in Bulgarien ist insbesondere auf den Abbau von Kupfererz zurückzuführen. In Bulgarien lagern allerdings auch mehrere tausend Tonnen giftiger Pflanzenschutzmittel aus der Sowjetzeit, die mithilfe des Schweizer Beitrags (CHF 19,9 Mio.) umweltgerecht entsorgt werden. Zudem unterstützt die Schweiz Bulgarien bei der fachgerechten Entsorgung von gefährlichen Haushaltsabfällen (siehe Seite 10).

Anhang 3: Weitere Informationen



Informationen rund um den Erweiterungsbeitrag in Bulgarien und Rumänien und in den EU-10 sowie die Dokumentationen ausgewählter Projekte sind unter www.erweiterungsbeitrag.admin.ch in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache erhältlich.

Eine Bilanz zum Erweiterungsbeitrag in den EU-10 ist unter www.erweiterungsbeitrag.admin.ch (Rubrik «Publikationen») verfügbar.

Auf der Bilddatenbank (<http://multimedia.photopress.ch/>) zum Erweiterungsbeitrag finden Sie nach Ländern und Projektzielen geordnete Fotos.



Webseiten der nationalen Koordinationsstellen in den Partnerstaaten:

- Bulgarien: www.swiss-contribution.bg
- Rumänien: www.swiss-contribution.ro

Webseiten der Büros Erweiterungsbeitrag:

- Bulgarien:
www.swiss-contribution.admin.ch/bulgaria
- Rumänien:
www.swiss-contribution.admin.ch/romania

Weitere Informationen zur Schweizer Europapolitik:

- www.eda.admin.ch/europa

Impressum

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

3003 Bern

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

3003 Bern

Gestaltung:

Julia Curty, SUPERScript GmbH, www.superscript.ch

Fotos:

© DEZA/SECO; Titelseite: Bild rechts Sorin Toma; Seite 5: Bild oben Fotolia Aless;
Seite 7: erstes Bild Fotolia Falk, zweites Bild Fotolia Radu Razvan, drittes Bild Fotolia
florin1961; Seite 10: zweites Bild Fotolia Photosebia; Seite 17: Fotolia fotofritz16;
Seite 26: Fotolia radub85.

Download:

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch (Rubrik «Publikationen»)

Bestellungen:

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch (Rubrik «Publikationen»)

Fachkontakt:

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

Abteilung Neue EU-Mitgliedstaaten

Freiburgstrasse 130, 3003 Bern

Telefon: +41 58 462 68 46

swiss-contribution@eda.admin.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Ressort Erweiterungsbeitrag/Kohäsion

Holzikofenweg 36, 3003 Bern

Telefon: +41 58 462 78 24

swiss-contribution@seco.admin.ch

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

Bern, Januar 2015